

LRH / Initiativprüfung / Elektronischer Akt in der öö. Landesverwaltung

**Sehr lange Projektdauer – Start 1999; Ausrollung in gesamter Verwaltung bis 2018 geplant**

**Bis Jahresende 2012 verursachten die Einführung und der Betrieb des elektronischen Akts Ausgaben von gut 6,6 Mio. Euro. Davon entfielen durch die verzögerte Einführung etwa 0,8 Mio. Euro auf Wartungsgebühren für nicht genutzte Lizenzen. Dazu kommen noch die intern eingesetzten Personalressourcen: bis Ende März 2013 wurden rund 105.000 Arbeitsstunden - umgerechnet etwa 7 Mio. Euro - aufgewendet. Als Folge des Einspruchs eines Bieters im Vergabeverfahren leistete das Land 2010 eine Vergleichszahlung von 0,5 Mio. Euro. Aus Sicht des LRH ist es unumgänglich, auf eine zügige Ausrollung zu achten.**

"Wir sehen die sehr lange Projektdauer kritisch", merkt LRH-Direktor Friedrich Pammer an. Die Konzeption des Projektes begann Ende der 1990er Jahre. Die volle Inbetriebnahme war ursprünglich bis 2007 geplant; aktuell ist der Zeithorizont 2018. Anfang Februar 2013 waren 1.000 User aktiv. Im Endausbau sollen 5.500 Lizenzen genutzt werden. Die Einführung des elektronischen Akts ist eines der umfangreichsten Reformprojekte der letzten Jahre, weil es sich auf die Arbeitsweise aller Bediensteten und auf die Verwaltungsabläufe auswirkt.

Bis 2001 wurde ein Grundsatzkonzept erarbeitet, das als Basis für die Ausschreibung diente. Im August 2001 begann das Vergabeverfahren; die rechtskräftige Zuschlagserteilung erfolgte Ende 2002. Mit Jänner 2005 startete der Pilotbetrieb mit 52 Userinnen und Usern, ab 2006 wurde der Pilot um 50 Personen erweitert.

"Aus Sicht des Landes war die Funktionalität des Tools ungenügend, was die Akzeptanz bei den Usern beeinträchtigt hat. Das führte zu einem hohen Betreuungs- und Anpassungsaufwand", erklärt Pammer. Die im Vertrag vorgesehene Ausstiegsmöglichkeit am Ende der Pilotierung nahm das Land jedoch nicht in Anspruch.

"Anstelle der zügigen Projektweiterführung kam es zu einem mehrjährigen Stillstand in der weiteren Ausrollung und zu eingeschränkten Aktivitäten zwischen 2006 und 2011", führt der

LRH-Direktor aus. Im Jahr 2008 wurde ein Rollout-Konzept entwickelt; dieses kam ab 2010/11 zum Einsatz.

Ein neuer Projektauftrag vom September 2011 sieht die Ausrollung in der gesamten Landesverwaltung bis ca. 2018 vor. Der LRH empfiehlt daher, alle notwendigen Ressourcen bereitzustellen, damit der vorgesehene Terminplan und vor allem der Endtermin 2018 eingehalten werden kann.

### **Zielerreichung konnte nicht umfassend bewertet werden**

Der elektronischer Akt kann einen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsabläufe leisten; voll ausgeschöpft werden können die Optimierungspotentiale aber erst nach Vollausrüstung. "Weil bisher erst rund ein Fünftel der Lizenzen ausgerollt sind, war eine umfassende Bewertung der Zielerreichung zum Prüfungszeitpunkt nicht möglich", erörtert Pammer.

Der Personalstand im Kanzleibereich wurde seit Beginn des Projektes um 40 Bedienstete reduziert. Insgesamt soll nach der Vollausrüstung eine Personalreduktion von 90 Personen realisierbar sein. In welchem Ausmaß ein Produktivitätsgewinn in der gesamten Landesverwaltung erreichbar ist, konnte zum Prüfungszeitpunkt aber nicht belegt und daher nicht verifiziert werden.

---

### **Anmerkung:**

Der elektronische Akt in der öö. Landesverwaltung umfasst ein Dokumentenmanagement-System, in dem der gesamte Schriftverkehr elektronisch erfolgen soll und ein Workflow-System, das alle Aktivitäten der Bearbeitung elektronisch abbildet. (schluss) ri

---

*Rückfragen-Kontakt: Dr. Friederike Riekhof (+43 732) 7720 – 140 91 oder mobil 0664 / 6007214091*

*Weitere Informationen unter <http://www.lrh-ooe.at>*